

Erscheint zweimal monatlich! Abonnement für 10 Nummern S 1.— (inkl. Postzustellung) Österr. Postsparkassen-Konto Nr. 119.471

Arbeiter-Stimme

Redakt.: Wien, XVIII., Vinzenzgasse 24, Tel. 20-2-69. — Administration: Wien, XVII., Sautergasse Nr. 26/10, Telephon Nr. 86-8-23

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Opposition)

1. Jahrgang

Wien, Ende September 1927

Nr. 14

Heraus mit den Juli-Gefangenen!

Schluß mit den Prozessen! Weg mit der Schoberei!

Die Provokationen der Polizei, die Willkürherrschaft der Untersuchungsrichter und die Rache der Klassengerichte!

Die Prozesse gegen die Juli-Opfer, die Kriegsbereiche der Polizei werden immer aufreizender. Wenn die geschriebenen Gesetze nicht ein Fetzen Papier und die ungeschriebenen Gesetze des Privateigentums geheiligt wären — der Staatsanwalt müßte gegen sich selbst, die Regierung und die Polizeidirektion die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß erheben. Denn wahrhaftig: kein Revolutionär kann in Wort und Schrift so — wie es die Herren nennen — »zum Klassenhaß aufreizen« als sie es selbst tun, die Herren,

die Wien verwechseln mit einem besetzten Gebiet und die Methoden von Gouverneuren im Feindesland anwenden. Da sind einmal die

Herren von der Polizei,

die medallengeschmückten Sieger über das Wiener Proletariat. Täglich veröffentlicht die Polizei ihre

Kriegsberichte

»Verhalten muß werden« das ist die Parole des Herrn Schöber. Wen? Das ist gleichgültig. So wie man im Krieg Geiseln herausfängt, so fängt sich der Herr Schöber irgendeinen Proleten heraus. Warum? Um der Arbeiterklasse ins Gesicht

Fordert es in allen Versammlungen, in eurer Gewerkschaft, von euren Betriebsräten, von euren Vertrauensmännern, daß alle Kampfmittel der Arbeiterschaft angewendet werden, um zu erzwingen:

Die Freilassung der Juli-Gefangenen!

Die Niederschlagung der Prozesse!

Die Kommunalisierung der Polizei!

Weg mit Schober!

Fort mit der Seipelregierung!

Bürgerliche Demokratie und Proletariat.

»Die Kommunisten sind die Schrittmacher der Reaktion. Indem sie den Glauben an die Demokratie in der Arbeiterklasse untergraben, bahnen sie der faschistischen Reaktion den Weg«. So rufen uns die kleinbürgerlichen Götzenanbeter der Demokratie seit fast einem Jahrzehnt zu, seit jenen Tagen, die wahrhaftig die Welt erschütterten, seit den Oktobertagen der russischen Revolution 1917. Muß das Proletariat wirklich die bürgerliche Demokratie beseitigen um zur Macht zu gelangen, kann es wirklich nur mittels der revolutionär eroberten Staatsmacht — der proletarischen Diktatur — die wirkliche Demokratie in politischer und sozialer Beziehung erreichen?

Jetzt, nach dem furchtbaren Massaker, das die bürgerliche Demokratie am 15. und 16. Juli in den Straßen Wiens veranstaltete, beileibe nicht um ihre Herrschaft zu verteidigen, sondern einzig und allein zu dem Zweck, um mit blutiger Gewalt der Arbeiterklasse beizubringen: Herr im Staate bin ich, die Bourgeoisie, und ich werde es bleiben, trotz Wahlzettel, Gesetz und Volksmeinung, Kraft der bewaffneten Gewalt, Kraft der Machtorganisationen, über die ich verfüge — jetzt, nach den Erfahrungen der Julitage stehen die Arbeiter Österreichs am Scheidewege. Was ist für sie die Demokratie? Wir sagen, nichts, als der günstigste Kampfboden, um die Kräfte des Proletariats zu sammeln, zu schulen, nicht zur Götzenanbetung dieser Demokratie, sondern zum Sturz der bürgerlichen Demokratie, in der der Geldsack kommandiert und zur Aufrichtung der proletarischen Demokratie, des Rätestaates. Was aber sagen unseren Arbeitern die Kleinbürger von der Wienzeile? Haben sie gelernt aus den Erfahrungen? Ach nein, sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Aber die bürgerliche Demokratie hat doch zur offenen Nie-

dermetzelung der Arbeiter ausgeholt? Wie reimt sich das zu den schalen, langweiligen Litaneien unserer Kleinbürger, die heute noch, als ob nichts geschehen wäre, schreiben: »Man nennt die politische Demokratie, die in Gesetzen verankerte, manchmal eine formale Demokratie; aber dennoch ist auch die politische Gleichheit beileibe keine Formalität Sie kann vielmehr eine revolutionäre Kraft werden, die allmählich die soziale Gleichheit unterhöhlt, die Ungleichheit, die sie aus den Gesetzen getilgt hat, auch in den Tatsachen beseitigt; die ungestörte, ungehemmte Demokratie, die, indem sie die politischen Rechte der besitzenden Klassen beseitigt, das Antlitz der Welt schon binnen einem Jahrzehnt so gründlich umgestaltet hat, vermag auch die sozialen Vorrechte zu beseitigen: das wissen wir und das fühlen unsere Gegner«. (A. Z. vom 11. September 1927). Wie reimt sich das? Eben überhaupt nicht. Während die Götzenanbeter der Demokratie die Füße lecken, schießt der Götze kalt lächelnd in die Arbeitermassen, um sie das »Bet und arbeit« zu lehren. So geraten die kleinbürgerlichen Götzenanbeter in einen steigenden Widerspruch zur harten, unbelehrbaren Wirklichkeit. Was tun? Den Götzen zertrümmern, zu verbrennen, was man vergöttert hat? Umzulehren, revolutionär zu werden, Marx und Lenins Lehren zu erfassen? Wer das von diesen, im bürgerlichen Denken erstarrten, mit dem Bürgertum tausendfach verfilzten Kleinbürgern erwartet, ist ein Narr. Was aber müssen sie tun, damit der Widerspruch zwischen ihren Lehren von der alleinseigmachenden Demokratie und der blutigen Wirklichkeit nicht offenbar wird? Sie fälschen einfach die Geschichte, die Tatsachen, wie sie einst die Lehren von Marx gefälscht haben: Ihr glaubt, es war die Reaktion, die am 15. und 16. Juli Eure Väter, Brüder, Eure Kinder niedermetzelt, die Euch niederschloß, wie Franz Ferdinand nicht einmal Rehe auf seinen schmählichen Jagdausflügen niedermachte? Ihr irrt Euch. Unser roter Napoleon im Taschenfor-

Polizei-Republik

fühlen zu lassen.

Schuldlos verhaften und prügeln lassen wie in irgendeinem

Balkan-Dorf

das ist die Methode, mit der die Herren von der Polizei den Wiener Arbeitern den Elementarunterricht über die »beste Demokratie« geben. Und die Gerichte? Wochenlang lassen die Untersuchungsrichter die Proleten schmachten, obwohl sie wissen, daß überhaupt nichts gegen diese, aus der großen Masse herausgefängenen Geiseln vorliegt. Selbst ein rein bürgerliches Blatt wie der »Morgen« (12. IX.) schreibt: »Es sieht fast so aus, daß es mehr um Rache als um Gerechtigkeit geht!«

Ja es ist ein aufreizendes System der bürgerlichen Rachsucht, daß sich da immer frecher enthüllt. Wir sind erst am

Anfang der Prozesse,

es stehen erst die »leichten Fälle« vor Gericht. Und schon regnet es Kerkerstrafen auf Kerkerstrafen. Laßt Euch durch vereinzelte Freisprüche nicht täuschen! Wie immer derartige Freisprüche zustandekommen, sie bilden in ihrer Gesamt-

heit keine Ausnahme, sondern einen wesentlichen Bestandteil der Regie! Diese Freisprüche sollen Euch einullen, sollen Eure leidenschaftliche Empörung gegen Klassenjustiz und Willkürherrschaft dämpfen, damit ihr dann, wenn nach mehreren Wochen die »schweren Fälle« kommen, stumpf bleibt wenn

Jahr um Jahre Kerkerstrafen

verhängt werden.

Was soll geschehen? Uns helfen keine Lamentos über die »Brutalität« der Polizeischergen, keine sittliche Empörung über die Vergewaltigung der geschriebenen Rechte, über diese Methoden der Kleinbürger von der Wienzeile und der Schwätzer von der »Arbeiter-Zeitung« muß die herrschende Klasse, diese frech gewordene, triumphierende Bourgeoisie nur lachen! Aber

Innehalten wird die Bourgeoisie müssen

wenn sie sieht und spürt, daß Ihr, Genossen, nicht stumpf zuseht wie Eure Brüder in den Kerker wandern, sondern daß

eine Welle steigender Empörung, steigender Kampfentschlossenheit durch die Reihen der Arbeiterklasse geht

Eine mächtige, von wahren Kampfegeist getragene Bewegung muß durch die Betriebe und Arbeitsstätten gehen,

mat, Julius Deutsch, belehrt uns: »Der 15. Juli war kein Putsch der Reaktion, sondern ein Zusammenstoß aufgeregter Menschenmassen mit einer schlecht geführten Polizei«. Jetzt wissen wir's.

So müssen sie die Tatsachen fälschen, um ihr schmähliches Verhalten rechtfertigen zu können.

Die Arbeiterklasse erkaufte jeden Schritt Erkenntnis mit schweren Opfern. Unermeßlich sind die Opfer der Julitage. Die Reaktion triumphiert. Ihre Klassengerichte arbeiten mit Volldampf. Ihre dunkelsten Häupter wittern Morgenluft.

Die Niederlage der Julikämpfe kann zum Ausgangspunkt des Aufstieges der Arbeiterklasse werden, wenn sie die große Lehre, die ihr die Bourgeoisie gegeben, erfaßt: die Arbeiterklasse kann die bürgerliche Demokratie nicht mit »geistigen Waffen« erobern, sie kann weder mit Stimmzetteln die bewaffnete Gewalt der Bourgeoisie brechen, noch kann sie mit Worten die bewaffnete Offensive der Reaktion zum Stillstand bringen. Klassenkampf, unversöhnlichen und unerbittlichen Kampf gegen die Bourgeoisie, das ist der Weg, die revolutionäre Eroberung der Staatsmacht, die Errichtung der proletarischen Demokratie, des Rätestaates, das ist unser Ziel.

Freitag, den 23. September 7 Uhr, findet in der Wittingauer Bierhalle, VIII., Alserstraße 59 eine

Vertrauensmännerkonferenz

statt.

Tagesordnung: Die politische Lage und unsere gegenwärtige Hauptaufgabe. Eintritt nur mit Legitimation!

Keinen Groschen Zollerhöhung!

Der Zolltarif der Regierung Seipel bedeutet eine ungeheuerliche Belastung des proletarischen Haushaltes. In ihrer Auswirkung bedeuten die geplanten Zölle auf Brot, Mehl, Butter und Fleisch nicht mehr und nicht weniger als

Verminderung des Reallohnes um 10-15 Prozent und der Arbeitslosenunterstützung um 20-25 Prozent, d. h. der Arbeiter, der heute um seinen Wochenlohn ca. 40 Laib Brot kaufen kann, wird dann für denselben Lohn nur mehr 34-36 Laibe kaufen können.

Die famosen Führer der S P, insbesondere Eldersch, der Obmann des parlamentarischen Zollausschusses, kündigen bereits an: »Der Zolltarif wird gemacht, weil die Regierung die Mehrheit und die sozialdemokratischen Abgeordneten wegen Zollfragen keine Obstruktion machen können.«

So kündigen die Herren bereits ihre Kapitulation an. Seid auf der Hut! Zollfragen sind Magenfragen, sind die Brotfragen der Arbeiterschaft. Verteuerung des Brotes und gleichzeitige Kürzung der Arbeitslosenunterstützung für die alten Arbeitslosen (Altersrente = zwei Drittel der Arbeitslosenunterstützung) ab 1. Oktober, das zeigt deutlich genug den reaktionären Kurs der Seipel-Regierung.

Schärfsten Kampf gegen jede Zollerhöhung.

Die Sieger im Kampf ums Mehlkartell.

Der verzweifelte Versuch der Sozialdemokratie, zu beweisen, daß sie am 15. Juli keine Niederlage erlitten, im Gegenteil, daß ihr die Brutalität der Regierung immer neue Mitglieder zuführt, sie also eigentlich gestärkt hervorgeht, zwingt sie, überall Erfolge zu konstruieren, um ihre Macht zu beweisen. So hat die S P den Rückzug Seipels in der Frage des Mehlkartells als einen »gewaltigen Erfolg« ausposaunt.

Nun ist es zweifellos, daß das Nichtzustandekommen des Mehlkartells die Arbeiterschaft vor einem neuen frechen Beutezug der Mehlwucherer für den Augenblick bewahrt hat. Die Frage ist nur, ob dieser Augenblicks-Rückzug der Regierung dem »Kampf« der S P zuzuschreiben ist.

Tatsache ist, daß die Regierung, wenn sie den Widerstand der S P gefürchtet hätte, es gar nicht gewagt hätte, ein so freches Raubprojekt, wie das Mehlkartell, vorzulegen. Und ebenso ist es eine Tatsache, daß bestimmend für den Rückzug Seipels in dieser Frage Widerstände seitens eines Teils der Bourgeoisie selbst waren. Es regte sich sowohl das Finanzkapital, vertreten durch das Rothschild-Blatt,

die »Neue Freie Presse«, da das österreichische Finanzkapital an der ungarischen Mühlenindustrie nicht beteiligt ist und daher gar kein Interesse daran hat, daß der Staat Steuergelder den ungarischen Mühlen schenkt, als auch ein Teil der Bauernvertreter der Christlichsozialen, die die Verteuerung der für Futterzwecke verwendeten Mahlprodukte und damit eine Schädigung der alpenländischen Viehzüchter und Mittelbauern befürchteten. Das sind die wahren Gründe, die den Rückzug der Regierung erzwangen — nicht aber die Redekämpfe der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Sie zeigen ihre Macht.

Die »Arbeiter-Zeitung« triumphiert: 7.500 neue Parteimitglieder seit dem 15. Juli, 4000 im Wiener-Neustädter Gebiet, 10.000 Austritte aus der katholischen Kirche! Wir marschieren. »Die Bürgerlichen mögen alle Hoffnung fahren lassen. Die Berichte über die Mitgliederbewegung auch in Niederösterreich beweisen es wieder: die österreichische Arbeiterschaft und ihre Partei ist unbesiegbar.« (»A.-Z.« vom 11. September 1927).

Die Polizei wird reorganisiert. Panzerwagen sind eingeführt. Ueberfallskommandos aus kinderlosen, jungen Leuten werden gebildet. Zulagen werden freigebig ausgeteilt. Silbermedaillen en gros verliehen. Die freie Gewerkschaft der Polizisten wurde mittels Terror zerschlagen. Die Verhaftungsmaschinerie arbeitet. Die Naderer sind die Stützen der Gesellschaft geworden. Ein leiser Hauch von auziehendem weißen Terror geht durch Wien.

Schade, daß die Bourgeoisie vor Zahlen gar keinen Respekt hat. Welche Angst müßte sie sonst vor dem Mitgliederzuwachs der S P bekommen! Noch mehr schade, daß Mitgliedsbücher der S P weder vor Geschossen schützen noch Panzerautos vernichten. Wie einfach wäre es dann die »Demokratie« zu schützen und »die Reaktion niederzuhalten«!

Renner der Sieger.

Offener Rechtskurs der Sozialdemokratie.

Er hat Recht behalten, der alte Skeptiker. Er der niemals an den Sozialismus, an die Revolution, an die Kraft der Arbeiterklasse glaubte, der letzte Altösterreicher, der nur an eines wirklich glaubte, nämlich an die Ewigkeit der Habsburger-Monarchie, er hatte gewarnt vor den »Machtillusionen« die man »künstlich« in die »Arbeiterschaft hineinträgt«. Er

wußte es ja: die scheinrevolutionären Linken vom Schlage Otto Bauer's, die ebenso wenig an einen wirklichen Kampf gegen das Kapital und seinen Staat denken wie er, der alte Reformist, die aber, um die Massen restlos zu beherrschen, sich der revolutionären Phrase bedienen, sie mußten Schiffbruch erleiden. Ein rechtschaffener Diener der Bourgeoisie sein und die Arbeiter in diesem Sinne zu erziehen ist besser, als viel von »Macht« und »Revolution« zu reden, wo es ja doch nichts anderes gibt als — Diener zu sein, das war und ist Renners Weisheit.

Die Arbeiter habenden Linken, den großen Theoretikern des Austro-Marxismus geglaubt, die ihnen von der Größe ihrer Macht und ihrer Unbesiegbarkeit deklamierten, solange, bis es der Bourgeoisie beliebte, der Arbeiterklasse Anschauungsunterricht über die Methoden des Klassenkampfes zu geben.

Nun schreien die großen Theoretiker: »Es war kein Putsch der Reaktion, es war nur — Nervosität, schlechte Führung der Polizei und der Pallawatsch mit der Scheibenmunition.«

Gleichzeitig aber ist ihnen bange geworden vor den eigenen Phrasen, die die Arbeiter so ernst genommen haben. Und so fangen sie an, sachte und be-hutsam, sich zu Renner zurückzuziehen.

Die Reaktion hat zu den Waffen gegriffen, sagt ihr? Keine Spur, es war nur die nervöse Polizei!

Und wenn die Reaktion zu den Waffen greift? (Wir wissen daß sie es am 15. Juli bereits getan) Dann werden wir, so hieß es in Linz, die Demokratie mit den Waffen verteidigen.

Jetzt aber, nach dem Blutbad des Juli, verkündet der Aufruf der S P vom 7. September in der »A.-Z.« »Wir wissen daß wir die Befreiung des werktätigen Volkes von dem Druck des kapitalistisch-klerikalen Regimes der Reaktion nur mit den Mitteln der Demokratie, nur durch Gewinnung der Mehrheit des Volkes erringen können.«

Die Reaktion schießt? Wir werden's ihr zeigen — her mit dem Stimmzettel!

Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit?

Der proletarische Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

5. Fortsetzung.

Von Josef Frey.

Nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern nur die Profitgier der Kapitalistenklasse ist der Antrieb der kapitalistischen Produktion. Nur um Profit zu erzielen und nur wenn soweit, solange sie Profit erzielen, produzieren die Kapitalisten. Damit sie aber wirklich Profit erzielen, dazu müssen sie immer wieder zwei Prozesse vortreiben:

1. Die Ausbeutung der Arbeiter. Dieser Prozeß liefert ihnen immer wieder den Mehrwert. Aber in Form von Schuhen, Lokomotiven, Hemden, Maschinen usw., je nach dem Artikel, den sie produzieren.

2. Die Verwandlung des Mehrwerts aus der Warenform in Geldform. Erst wenn die Ware tatsächlich mit Gewinn abgesetzt, verkauft ist, erst dann hat die Kapitalistenklasse nicht nur die Produktionskosten in Geldform wieder in der Hand, sondern auch den Mehrwert in Geldform in der Tasche, erst dann hat sie erzielt — Profit.

Schon vor dem Krieg hat der Kapitalismus sich den Markt erweitert, indem er im eigenen Land den Markt (die Kundschaft) des zahlenmäßig sehr starken vor-kapitalistischen Produzenten (Gewerbetreibenden usw.) immer mehr an sich riß. Aber vor allem hat das Kapital die Krisen vor dem Weltkrieg immer wieder überwunden, indem es den Absatz nach außen immer wieder vergrößerte, durch gewaltsame Eroberung neuer Kolonien, neuer Absatz- und Anlagemärkte.

Gegenwärtig aber ist die Erde verteilt. Es gibt keine neuen Absatz- und Anlagemärkte mehr, die zu erobern wären. Alle Märkte sind in kapitalistischen Händen und ein bedeutender Teil des Weltmarkts ist in Händen der Sowjetmacht. Dabei wächst der Produktionsapparat nach Umfang und Produktionskraft.

Die Ueberwindung der Krise ist für die gesamte Kapitalistenklasse nicht mehr möglich; sie ist möglich im bestem Falle (vorübergehend) nur noch für einen Teil der Kapitalistenklasse auf Kosten der anderen Kapitalisten; das heißt, indem die großen kapitalistischen Haie die kleinen und mittleren fressen, ihnen ihre Absatz- und Anlagemärkte rauben, also:

durch einen zweiten Weltkrieg.

Nochschrecken die kapitalistischen Haie zurück, nicht nur, weil sie nicht wissen, wer von ihnen siegt, wer unterliegt, sondern auch weil sie alle zittern, daß sie alle verschlungen werden könnten von der proletarischen Weltrevolution. Allein es gibt für sie als Kapitalisten keinen anderen Weg als Weltkrieg. Sie werden ihn gehen müssen. Mit dem Ueberfall auf Sowjetrußland werden sie ihn beginnen. Es versteht sich, daß das Proletariat alles daran setzen muß, damit dieses mörderische Wagnis dem gesamten kapitalistischen Regime den Hals kostet.

Die Reformisten (die Sozialdemokratischen Parteien) haben immer die Auffassung vertreten, die Nachkriegskrise sei von derselben Wesensart wie die Vorkriegskrisen, der Kapitalismus werde sich durch seinen inneren Mechanismus automatisch so wie früher, auch diesmal herausarbeiten. Nun, da das Kapital sich tatsächlich etwas stabilisiert hat, jubeln sie, ihre Auffassung habe sich bewährt. Zweierlei ist dazu zu sagen:

1. In diesem »automatischen« Mechanismus war und ist das entscheidende Rad der Reformismus, die reformistische Politik. Ohne die reformistische Politik wäre das, was die Kapitalistenklasse an Stabilisierung tatsächlich erzielt hat, unmöglich gewesen.

2. Die Stabilisierung ist nur relativ. Nur im Vergleich zum Kriegsschluß (nicht im Vergleich zu 1923) steht der Kapitalismus fester da. Aber wie labil, auf wie schwankender Grundlage die ganze Festigung steht, zeigen gerade die Vorgänge der letzten Zeit. Die relative Stabilisierung steht auf einem Vulkan.

In Österreich

wo die Kapitalisten nur schwer in der Lage sind ihren Außenabsatz zu erweitern, werfen sie sich, um sich etwas Luft zu schaffen, mit wachsender Heftigkeit auf den Markt (die Kundschaft) des

Kleinbürgertums. Die so wirtschaftlich vom Kapital angegriffenen Schichten der Kleinbourgeoisie beginnen sich politisch zur Wehr zu setzen, ein Prozeß, der politisch seinen Ausdruck findet darin, daß sie sich immer mehr zur Sozialdemokratie drängen, wodurch der kleinbürgerliche Charakter dieser Partei und ihrer Politik immer klarer und auch den großen Massen der Arbeiter immer sichtbarer werden wird.

Die Nachkriegskrise ist die Krise des Kapitalismus. Einen Ausweg gibt's nur noch für einen Teil der Kapitalisten und auch für den nur, daß er seinen eignen Hals riskiert und die Gesamtarbeiterklasse, die gesamte Menschheit noch tiefer schleudert: durch den imperialistischen Kriegsmassennormord hindurch zu noch entsetzlicherer gigantischer Dauermassenarbeitslosigkeit.

Es gibt keine Rezepte für die Ueberwindung, das ist für die

volle Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Der Kapitalismus ist die Wurzel, diese Wurzel ausreißen, das ist das einzige Mittel, das die Voraussetzung schafft für die planmäßig organisierte, schließlich dauernde Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. Erst die

sozialistische Produktion,

die die Wirtschaft organisiert nach den Bedürfnissen der Menschen, erst sie wird die Organisation der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit in die Wege leiten und schließlich restlos durchführen. Aber um die Wirtschaft sozialistisch zu organisieren und aufzubauen, um die Bedingungen, die Mittel, den Spielraum die Zeit, die Ruhe dazu zu schaffen, zu sichern, zu behaupten, dazu bedarf es des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft, der Aufrichtung der proletarischen Herrschaft.

der proletarischen Revolution, der proletarischen Diktatur.

Die proletarische Revolution beseitigt nicht die Arbeitslosigkeit, aber sie macht den einzig möglichen Weg frei der zu ihrer Beseitigung führt.

Solang die proletarische Weltrevolution nicht siegt, wird die Geißel der Arbeitslosigkeit immer schärfer auf die Arbeiter niedersausen, auf die industrielle Reservearmee und auf die aktive Arbeiterarmee, höchstens zeitweise etwas abgeschwächt. Auf kapitalistischer Grundlage ist eine Ueberwindung der Arbeitslosigkeit absolut unmöglich.

Bedeutet das, daß auf kapitalistischer Grundlage sich überhaupt nichts gegen die Arbeitslosigkeit machen läßt? Keineswegs. Die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit innerhalb des Kapitalismus ist unmöglich, aber möglich ist innerhalb des Kapitalismus ihre

Eindämmung, Linderung,

freilich auch die nur bis zu einem gewissen Grade und selbst das nur vorübergehend.

Auch für die Eindämmung, Linderung der Arbeitslosigkeit gibt es keine Rezepte. Das einzige Mittel eine Eindämmung, Linderung der Arbeitslosigkeit bis zu einem gewissen Grad und selbst das nur für vorübergehend zu erzielen, ist der Kampf der ganzen Arbeiterklasse, der

Kampf der gesamten Arbeiterschaft.

Dieser Kampf — nicht der Arbeitslosen allein, sondern aller Arbeiter zusammen, also der Kampfeinheit-front der Aktiven und der Reserve, der Betriebsarbeiter und der Arbeitslosen — dieser Kampf — vorausgesetzt daß er richtig geführt wird — ist die einzige Kraft, die der ständigen Tendenz der Verschärfung der Arbeitslosigkeit nach Umfang und Dauer entgegenzuwirken vermag.

Der Kampf um die Eindämmung, Linderung der Arbeitslosigkeit ist zugleich Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf um deren Ueberwindung; denn der Kampf um die Eindämmung, Linderung der Arbeitslosigkeit ist zugleich der Kampf um die Erhaltung und Vergrößerung der Kampftätigkeit, um die

Kampfkraft der gesamten Arbeiterklasse. (Fortsetzung folgt.)

Was sagt die Gemeinde Wien dazu?

Skandalöse Zustände in den Notstandshäusern auf der Schmelz.

Am Nordwestrand der Schmelz, dort wo die Notstandshäuser — erbaut im Jahre 1912 — stehen, die nach dem Kriege angeblich in den Besitz der Gemeinde Wien kamen, da gehen seit Jahren gar merkwürdige Dinge vor, die einer dringenden Aufklärung bedürfen.

In diesen Häusern, die seinerzeit unter der christlichsozialen Gemeindeverwaltung für kinderreiche Familien erbaut wurden, wohnen auch heute noch die ärmsten Arbeiterfamilien; und von diesen Ärmsten wird seit einer Reihe von Jahren regelmäßig Wassergeld in ganz ansehnlicher Höhe (einmal sogar 3,4 Schillinge) eingehoben. Bedenkt man, daß einzelne Familien oft aus 6 bis 10 Personen bestehen und daß jede Person, gleichgültig ob Kind oder Erwachsener, das Recht auf den kostenlosen Bezug von 35 Liter Wasser täglich besitzt, bedenkt man ferner, daß viele arbeitslose Familien nur sehr wenig Wasser beim Waschen ihrer wenigen Wäschestücke verbrauchen und daß es schließlich auch keine Badezimmer gibt, so greift man sich an den Kopf und fragt: »Was geht da vor, liegt da Absicht oder bodenlose Gedankenlosigkeit zu Grunde?«

Eine kleine Rechnung soll den Skandal, der da vor sich geht, recht anschaulich machen:

Jede Familie mit 5 Köpfen á 35 Liter Freiwasser = 175 Liter täglich.

Jede der dort wohnenden 126 Familien (ca. 650 Personen) haben im Jahre 1925 34.000 Kronen für Mehrverbrauch zahlen müssen. Da ein Kubikmeter Wasser 25 Groschen kostet, so wurden jeder Familie zirka 14 Kubikmeter Wasser angerechnet, was einfach unfassbar und unmöglich ist.

Aber noch ein zweites Seitenstückchen erweckt den Verdacht, daß da irgendwas »nicht stimmt.« — Eines Tages erschienen die Hausvertrauensmänner und erklärten: »Jede Partei muß 12 Schilling in sechs Wochenraten abführen, da von der Gemeinde 80 neue Oefen (eiserne Kochherde) geliefert werden. Die Parteien müssen zusammen 1500 Schilling beitragen.« Bemerkenswert ist, daß den Parteien keine Gelegenheit gegeben wurde, zu dieser Sache Stellung zu nehmen. Die Bewohner zahlen also einseitig ihre Raten und richtig — die Oefen wurden mittels Lastauto geliefert. (Ob es 80 waren, müßte erst untersucht werden.)

Aber siehe da! Diese jämmerlichen Oefen, für die die Gemeinde angeblich selbst 4000 Schilling beigesteuert hatte und für die jede Partei 12 Schilling zahlen mußte, erwiesen sich als altes, aus ausrangierten Oefen zusammen-

geflicktes Material, mit sehr schwachem Eisenblech als Wänden, etwas mit Eisenlack überschmiert und diese jämmerlichen Eisenkästen sollen angeblich der Gemeinde 5500 Schilling gekostet haben?

Viele Mieter stellten die Zahlungen ein und wandten sich an das Schlichtungsamt Ottakring sowohl wegen der Oefen, als auch wegen des Wassergeldes. Dort wurde nun erklärt, das eingezahlte Geld für die Oefen müsse rückerstattet werden. Bezüglich des Wassergeldes erklärte sich das Schlichtungsamt als nicht kompetent, aber ein Mehrverbrauch von Wasser in den Notstandshäusern wurde auch dort als kaum möglich bezeichnet.

Die Gemeinde aber, statt auf ihre Forderung zu beharren, schwieg und plötzlich gab es auch keine Wasserrechnungen mehr. Ein Jahr lang war Ruhe. Jetzt aber geht die Geschichte von Neuem an und die Parteien bekommen bereits Wasserrechnungen in der Höhe von 1,4 Schilling pro Partei. Wie lange gedenkt die Gemeinde diesen Skandal dauern zu lassen?

Und noch auf etwas wollen wir die Gemeinde aufmerksam machen. Wöchentlich ein- bis zweimal fahren vor den Notstandshäusern Gesellschaftsaufos mit Fremden vorbei, da wird ihnen an den elenden, halbverfallenen Hütten das Unsoziale der ehemaligen christlichsozialen Gemeindeverwaltung gezeigt. Gegenüber stellten die gewaltigen Bauten der Gemeinde Wien. Der Kontrast ist zweifellos gut und lehrreich.

Aber da ist ein kleines Gässchen, das die Verbindung zwischen Notstandshäusern und der Pfenniggeldgasse herstellt. Mitsamt dem Rinnsal kaum 2 m breit, zu beiden Seiten abgebocht, dieser Weg gleicht einem Wildbachbett. Das Regenwasser hat die Oberfläche weggeschwemmt, so daß die großen, runden Kieselsteine hervorschauen. Bei Regenwetter waten man knöcheltief im Wasser, am Abend ist die elend beleuchtete Gasse kaum passierbar. Bedenkt man, daß viele Kinder einigemal und dazu mit elenden Schuhen, Sommer und Winter diesen Weg gehen, so sieht man in diesem kleinen Gässchen eine wahre Schande für die Verwaltung der Gemeinde. Und doch könnte mit zwei Fuhren Schotter und zwei Fuhren Sand das Uebel behoben werden.

Nikolaus Rosowitz
Metallarbeiter
XVI., Gablenzgassee 112.

Faschistische Methoden der Grazer Anarcho-Kommunisten.

Mit Eisenstangen, Totschlägern und Gummiknütteln bewaffnete Anarcho-Kommunisten überfallen den Genossen Frey!

Unsere Grazer Bezirksorganisation hatte für Montag einen Diskussionsabend mit dem Thema »Der Kampf um die Macht und die Ereignisse des 15. Juli« einberufen, zu dem auch eine ganze Reihe mit unserer Partei sympathisierender Arbeiter schriftlich eingeladen wurden. Da dieser Diskussionsabend keinen öffentlichen Charakter trug, glaubten unsere Grazer Genossen auf Ordner verzichten zu können.

Kaum waren aber die ersten Gäste erschienen, da tauchte bereits ein Trupp Anarcho-Kommunisten auf, geführt von einem wegen Messerstecherei zu 8 Jahren Kerker verurteilten Plattenbruder.

Zu ihrer Verstärkung hatte das Häuflein Anarcho-Kommunisten eine in Graz stadtbekannt Apachengesellschaft, die »Volksgartenplatte« aufgebeten, die reichlich mit Alkohol versehen wurde.

Nachdem sie mit Pflastersteinen und Eisenstücken eine Anzahl Fenster zerschlugen hatten und so die Abhaltung eines politisch-wissenschaftlichen Vortrages verhindert hatten, zogen sie nach einstündiger Belagerung ab.

Als sich aber Genosse Frey, begleitet von einzelnen Genossen am Abend zum Bahnhof begab, wur-

de er neuerdings von der »Volksgartenplatte«, geführt von Anarcho-Kommunisten überfallen und mit Steinen und Eisenstücken beworfen.

Eine schwere, an einem Drahtseil befestigte Schleuderkugel aus Blei traf die linke Schulter während ein Eisenstück den linken Oberschenkel verletzte. Erst dem Eingreifen von vorübergehenden Arbeitern gelang es, diese faschistischen Apachen zurückzuschlagen. Die Verletzungen des Genossen Frey sind glücklicherweise nicht ernster Natur.

Die Arbeiterschaft in Oesterreich hat bisher die Anarcho-Kommunisten wegen ihrer politischen Unfähigkeit abgelehnt. Zur bedeutungslosen Sekte erstarrt ist diese Partei immer tiefer gesunken, vom politischen Bankrott zum Moralischen, von scheinrevolutionärer Romantik, bis zum offenen Verbrechertum. Unfähig mit politischen Argumenten ihre falsche opportunistische Politik zu verteidigen, greift sie nun zu den Gewaltmitteln des Faschismus.

Mit Verachtung und Abscheu werden sich die wenigen revolutionären Arbeiter, die heute noch in Partei stehen, von solchen erbärmlichen Methoden abwenden.

Wesen und Geschichte des Anarcho-Kommunismus in Österreich.

Von Kurt Landau.
(Fortsetzung.)

Die »Prinzipien« des Anarcho-Kommunismus.

Würde die Zugehörigkeit zur dritten Internationale — mit allen sich daraus ergebenden materiellen Vorteilen — nicht den österreichischen Anarcho-Kommunisten zwingen, wenigstens formal die Leitsätze und taktischen Richtlinien der Komintern zu akzeptieren und zu propagieren, wäre also der Anarcho-Kommunismus nicht zu jener demoralisierenden »Doppelrolle« gezwungen, die ihn als vulgärsten Opportunismus kennzeichnet, so würden sich, auf den ersten Blick sichtbar, folgende grundsätzliche und taktische Gegensätze zum Leninismus ergeben:

1. Die Einschätzung der Lage in Europa, vor allem in Oesterreich, als akut revolutionär. Die Leugnung der bestehenden Stabilisierungerscheinungen (die zwar durchaus keinen epochalen Charakter tragen, trotzdem aber in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes die Taktik der Kommunisten stark beeinflussen müssen).

2. Die Ersetzung der Leninschen Lehre von der proletarischen Revolution als einer Volksrevolution unter Führung (Hegemonie) des Proletariats durch die blanquistische Lehre von der aktiven Minorität.

3. Statt der planmäßigen Organisation der Revolution, der Erkenntnis ihres prozedarischen Charakters — die fatalistische Theorie von den Spontanität der Massen.

4. An Stelle der leninistischen Auffassung von der Rolle der kommunistischen Partei als einer, mit den Massen unlösbar verbundenen, in ihrer Mitte wirkenden, sie beherrschenden und in allen Kämpfen initiativ eingreifenden Vorhut (avant-garde), denn einzig auf diese Weise gewinnt sie an Hand der Erfahrungen, die die Massen mit ihr machen, Einfluß und Vertrauen, revolutioniert sie die Massen — die blanquistisch-sektiererische Auffassung von der »stumpfen, unpolitischen Masse« über die turmhohe die KP, die Kaste der Revolutionsaristokraten emporragt, die Massen kommandierend und verurteilend. Die Diktatur des Prole-

tiariats, nach Lenin durchführbar vom reifsten Teil der Arbeiterklasse unter der Führung der KP in einer Epoche revolutionärer Auseinandersetzungen mit dem Kapital, als Diktatur der auf kleinbäuerliche und halbprotestantische städtische Schichten gestützten Arbeiterklasse erscheint dem Anarcho-Kommunismus nur möglich als Diktatur der durch eine spontane Massenaktion emporgeschleuderten kommunistischen Partei gegen die stumpfe unpolitische Mehrheit der Arbeiterklasse.

5. An Stelle der Uebergangsforderung — geeignet in der gegenwärtigen, nicht akut revolutionären Etappe, die Massen in Bewegung zu setzen und in Teilkämpfe zu führen — die »Prinzipienpolitik«, d. h. die monotone Deklamation von Prinzipien unter Verzichtleistung auf die »verächtlichen« kleinen Schritte, die einzig und allein zur Verwirklichung der Prinzipien führen, die Bekämpfung von Teilforderungen als »Verzicht auf die Resolution« und die prinzipielle Verwerfung jedes Kompromisses, unabhängig von den objektiven Verhältnissen, als »Verrat«.

6. Die Ablehnung der marxistisch-leninistischen Theorie als unwichtig, die vulgäre Gegenüberstellung der Praxis als »ausschließlich revolutionär«.

7. Statt Eroberung der Gewerkschaften — für die Aufrichtung neuer revolutionärer Gewerkschaften.

8. Die Ersetzung der Loslösung der Arbeitermassen von der SP in zähen, unermüdlichen politischen und gewerkschaftlichen Kleinkämpfen durch die »Abstinenzpolitik« d. h. die SP wird mit dem Mund als eine konterrevolutionäre Partei deklariert, mit der eine revolutionäre Partei in der Praxis »nichts zu tun hat«, das ist: Ablehnung der Einheitsfronttaktik.

Zu 1: Einschätzung der Lage.

Formal wiederholen die Thesen und Resolutionen der Anarcho-Kommunisten naturgemäß immer wieder, daß wir gegenwärtig in einer Periode der »relativen Stabilisierung« leben. Betrachtet man aber z. B. die zum 9. Parteitag vorgelegten Thesen, die für alle außen- und innenpolitischen Möglichkeiten die »Bewaffnung der Arbeiterklasse« vorsehen, ohne auch nur mit einem Wort die

Lage zu analysieren und zumindest jene politischen Schritte und taktischen Maßnahmen zu erwähnen, die die bewaffnete Arbeiterklasse einschlagen muß, so sieht man mit zwingender Deutlichkeit, daß mit der Forderung der Bewaffnung in dieser Form der Gedanke der unmittelbaren Aufrichtung der Diktatur untrennbar verbunden ist. Die Annahme, daß jede Störung des politischen Gleichgewichtes im Innern oder an den Grenzen automatisch die Diktaturfrage unmittelbar auf die Tagesordnung stellt, heißt die Situation als akut revolutionär einschätzen.

Zu 2: Statt Leninismus — Blanquismus.

Durch seine Taktik (nämlich wie sie in der Praxis aussieht) verzichtet der Anarcho-Kommunismus auf die Gewinnung der Massen, sowohl des Proletariats als auch der Kleinbauern und Kleinbürger. Anstatt das gegen die Herrschaft des Finanzkapitals rebellierende Kleinbürgertum in seinem Kampf vorwärtszutreiben, seine Illusionen und Utopien zu zerstören, konzentriert der Anarcho-Kommunismus sein Feuer gerade auf dieses Kleinbürgertum. Die Gewinnung der Massen des Proletariats, die heute restlos im Schlepptau des Kleinbürgertums sind, kann nur erfolgen, indem die kommunistische Partei die Arbeiterklasse zum Bewußtsein ihrer eigenen Klassenforderungen und Klassenkampfmethoden erzieht. Während die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse für die Zwecke des Kleinbürgertums mobil macht (bestenfalls für Zwecke, die auf der Linie gemeinsamer Interessen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums liegen, wie z. B. Mieter-schutz, Eheerbrechtsreform, §144, republikanische Schule) und in diesem »Kampf« als Maximal-Erfolg gewisse Zugeständnisse der Großbourgeoisie zu Gunsten der Kleinbourgeoisie erzielt, ist es die Aufgabe der Kommunisten, den Kampf für die Klassenforderungen des Proletariats zu führen und in diesem Kampf das Kleinbürgertum der proletarischen Führung unterzuordnen.

In diesem Kampf für die Klassenforderungen des Proletariats wird die kommunistische Partei die Führung über die Arbeiterklasse gewinnen, sie der kleinbürgerlichen Sozialdemokratie (besser: dem sozialdemokratischen Kleinbürgertum) entwinden. Die Klassenbewußte, revolutionäre, von der kommunistischen Partei geführte Arbeiterschaft muß unermüdlich darum kämpfen, die mit der Herrschaft der Großbourgeoisie in Stadt und Land unzufriedenen Mittelschichten

Wie der sozialdemokratische Gemeinderat in Deutsch-Altenburg arbeitet!

Der Vize-Bürgermeister Rachholz gegen den 8-Stundentag!

In Deutsch-Altenburg besitzt die Sozialdemokratie von 14 Gemeinderatsmandaten 9, hat also fast die Zweidrittelmehrheit. Wie sie ihre Macht ausübt, das will ich einmal beschreiben.

Beim Straßenbau in der Badgasse wurden von der Gemeinde zirka 30 bis 32 Arbeiter im Juni aufgenommen. Als Stundenlohn wurde 1 Schilling 30 Groschen versprochen (obgleich der Kollektivvertrag für Deichgräberarbeit 1 Schilling 48 Groschen beträgt!). In Wirklichkeit wurden aber nur 1 Schilling 10 Groschen bezahlt und die Arbeiter gezwungen täglich 10 Stunden zu arbeiten, wobei die Ueberstunden mit dem gewöhnlichen Stundenlohn bezahlt wurden. Selbst während des Generalstreiks am 16. Juli ließ die Gemeinde etliche Arbeiter arbeiten.

Den Arbeitern wurden schließlich diese Zustände zu bunt und ließen durch ihren Partieführer Kobitschek bei der Gemeinde intervenieren. Die Gemeinde lehnte sowohl die Bezahlung von Ueberstunden als auch die Ausbezahlung des versprochenen Lohnes von S 1.30 pro Stunde (statt S 1.10) ab. — Darauf wandte sich der Arbeiter N. B. (Name und Adresse ist der Redaktion bekannt) an den sozialdemokratischen Bürgermeister Rachholz, der wegen seines anmaßenden und schroffen Benehmens den Beinamen »Bismarck« trägt. Rachholz erklärte seelenruhig:

1. Wenn ihr nicht 10 Stunden arbeiten wollt, so werdet ihr entlassen und arbeitswillige Arbeiter aus Hainburg aufgenommen.

2. In diesem Fall werdet ihr auch den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verlieren.

3. Wird die Gemeinde die geplante Wildbachregulierung nicht vornehmen, (wodurch eine große Arbeitsmöglichkeit für längere Zeit wegfallen würde).

Es ist eine wahre Schande, daß in der Sozialdemokratie, die sich soviel auf den »von ihr« für die Arbeiterschaft »erkämpften« Achtstundentag einbildet, in Deutsch-Altenburg Männer wie Rachholz-Bismarck an der Spitze stehen, die nicht um ein Haar besser wie Bürgerliche sind. Die Arbeiter in Deutsch-Altenburg lernen aus diesen Erfahrungen am besten den wahren Charakter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei kennen und sie werden auch früher oder später die Konsequenzen ziehen.

(Arb.-Korresp.)

Man muß die Dinge sehen, wie sie sind.

Die »Rote Fahne« das Organ der Anarcho-Kommunisten schreibt am 14. September: »Schon der gestrige Tag (die Massenversammlungen der S.P. Anm. der Red.) hat gezeigt, daß jetzt das bisher stärkste Kraftmoment der Sozialdemokraten in Oesterreich, der Glaube der Arbeiter an ihren garantiert erfolgreichen Weg zum Sozialismus zusammengebrochen ist«. Mit einem Wort: die Epoche des Zusammenbruchs der Sozialdemokratie hat begonnen!

Eine derartige Auffassung ist nicht nur — leider — unrichtig, sie ist nicht nur Zeugnis einer absoluten Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, sie schließt vor allen eine wirklich revolutionäre Politik aus. Wer glaubt, daß der gewaltige organisierte Einfluß des Kleinbürgertums auf die Arbeiterklasse — denn die Stärke der sozialdemokratischen Volkspartei liegt eben darin, daß sie, die Partei der Klasseninteressen des Kleinbürgertums, die Arbeiterschaft hinter sich herzieht — bereits gebrochen ist, der irrt sich gewaltig, der sieht was er haben möchte, aber nicht das, was wirklich ist.

Der Prozeß der Loslösung der Arbeiterklasse vom Kleinbürgertum erfolgt nicht von heute auf morgen. Die Vorbedingung der Beschleunigung des Prozesses ist eine marxistische, d. h. richtige Analyse der Lage, ist eine klare, konsequente Klassenpolitik der revolutionären, kommunistischen Vorhut, ist mit einem Wort — bolschewistische Realpolitik. Illusionen, solche gefährliche und kindische Illusionen wie die des Anarcho-Kommunismus sind die größten Gefahren für eine erfolgreiche kommunistische Politik. Sie sind das Zeugnis politischer Impotenz, die sich von der harten Wirklichkeit ab und dem luftigen Reich der Romantik und Phantasie zuwendet.

Leset und verbreitet die „Arbeiterstimme“!

vorwärtszustoßen (in die offene Rebellion gegen die Großbourgeoisie) und sich die rebellierenden Kleinbürger- und Kleinbauernmassen unterzuordnen. Die Machtergreifung selbst setzt nicht nur die Führung der kommunistischen Partei und die Kampfschlossenheit des Proletariats voraus. Das allein genügt nicht. Die proletarische Revolution als die Erhebung ausschließlich der proletarischen Klasse aufzufassen widerspricht durchaus dem Leninismus. Die proletarische Revolution vermag nur zu siegen, in der Form einer Volksrevolution, in der das Proletariat als die fortgeschrittenste Klasse die Hegemonie inne hat und die kommunistische Partei als klarster und entschlossenster Teil der Arbeiterklasse die Führung über das Proletariat.

Indem der Anarcho-Kommunismus, statt die Frage so zu stellen und die entsprechenden taktischen Konsequenzen zu ziehen, eine Taktik einschlägt, der bewußt oder unbewußt, der Verzicht sowohl auf die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse als auch auf die Unterordnung der Mittelschichten unter die proletarische Führung zu Grunde liegt, wobei gleichzeitig die Idee der Machtergreifung nicht fallen gelassen wird, muß der Anarcho-Kommunismus zwangsläufig zu Blanquismus werden. »Eine mititärische Verschönerung ist Blanquismus, wenn sie nicht die Partei einer bestimmten Klasse macht, wenn ihre Urheber das politische Moment im allgemeinen und das internationale insbesondere nicht berücksichtigt haben, wenn auf Seiten der Partei die durch objektive Tatsachen nachgewiesene Sympathie der Volksmajorität fehlt, wenn der Werdegang der Revolution zur praktischen Widerlegung der Kompromißillusionen des Kleinbürgertums nicht geführt hat, wenn die Majorität der »bevollmächtigten« oder sich sonst wie nennenden Organe des revolutionären Kampfes in der Art der »Sowjets« nicht erobert worden ist, wenn in der Armee (hat man es mit der Kriegszeit zu tun) eine vollkommen ausgereifte Stimmung gegen die Regierung, die den ungerechten Krieg gegen den Willen des Volkes in die Länge zieht, nicht vorhanden ist, wenn die Parolen des Aufstandes (etwa: »Die ganze Macht den Sowjets«, »Das Land den Bauern«, »Sofortiges Angebot eines demokratischen Friedens an alle kriegsführenden Völker und unverzügliche Abschaffung aller Scheinverträge und Scheindiplomatie« usw.) nicht die allerbreiteste Popularität und Verbreitung gefunden hat, wenn die Vorhut der Arbeiter nicht von der verzweifelten Lage der Massen und der Unterstützung

von seiten der Landbevölkerung überzeugt ist, eine Ueberzeugung, die durch die ernstzunehmende Bauernbewegung oder die Auflehnung gegen die Gutsbesitzer und die Regierung bewiesen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Landes die ernsthafte Hoffnung erzeugt, die Krise durch friedliche und parlamentarische Mittel günstig beilegen zu können. (Lenin, 10. Oktober 1917).

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Erinnerungen einer russischen Arbeiterin.

Von der Tabakarbeiterin Feodorowna.

(Fortsetzung.)

Das Lesen fiel mir damals nicht leicht. Es war mir auch geistig schwer, mich in den Auseinandersetzungen der sozialistischen Parteien zurechtzufinden. Und ich gestehe gerne, daß ich mich des öfteren über diesen, meiner damaligen Ansicht nach überflüssigen, ja schädlichen »Parteihader« ärgerte. Es schien mir damals alles so einfach, so leicht: alle Arbeiter waren ausgebeutet, alle geknechtet. Was war da einfacher, als daß sich alle zusammenstürzten zu einer Partei und gemeinsam den Kampf führten? Das Wie des Kampfes schien mir damals weniger wichtig. Es interessierte mich jedoch, zu wissen, worüber sich denn meine klügeren Kameraden den Kopf zerbrachen. Ich ging also mit zu den geheimen, illegalen Diskussionsabenden, ich hörte die Menschewiki ihre Taktik verteidigen, lauschte mit ungeteilter Aufmerksamkeit den Worten der Sozialrevolutionäre und der Bolschewiki. Und es dauerte ziemlich lange, ehe ich mich selbständig in dem mir erst unentwirrbar scheinenden Chaos zurecht fand und meinen Weg entdeckte. Ich las fleißig die Broschüren, aber wenn man von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends im Betrieb steckt, dann ist es nicht leicht, zu lesen, dazu noch beim Schein einer qualmenden, stinkenden Petroleumlampe in irgend einem Winkel, den ich mit anderen Schlafgenossen teilte. Doch als das Zarenmanifest am 17. Oktober 1905 erschien, da befand ich mich bereits als zielbewußte und entschlossene Kämpferin in den Reihen der bolschewistischen Fraktion.

Gleich nach dem Erscheinen des Manifestes trat eine Periode ein, in der es uns möglich war, aus dem Dunkel der Illegalität etwas mehr hervorzutreten. Eine Versammlung löste die andere ab, obwohl die Gegenrevolutionäre sich uns sofort entgensetzten.

Gruppenabende.

Margarethen-Wieden: Gasthaus Papier Kohlgrasse 4, jeden Freitag 7 Uhr abends.

Meidling: Gasthaus Kirchner Rosaliengasse Nr. 11 (Tel. 83-3-24), jeden Freitag 7 Uhr abends.

Ottakring: Gasthaus Fanowitsch, Koppstraße Nr. 47 (Tel. 30-6-58), jeden Freitag abends.

Hernals-Währing: Gasthaus Weckele, XVII., Hormayrgasse, Ecke Schuhmannngasse, jeden Montag 7 Uhr abends.

Zelle Vorortelinie: Gasthaus Ruff, Hernals Hauptstraße 175, jeden Donnerstag halb 8 Uhr abends.

Brigittenau: Gasthaus Nowak, Allerheiligenplatz 17, jeden Dienstag 7 Uhr abends.

Floridsdorf-Stadlau: Gasthaus Meyerhofer, Bahnsteggasse 2, jeden Freitag 7 Uhr abends.

Mitteilungen.

Republ. Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit in Österreich (in Gründung)
Sitz: Merkl's Gasthaus, Wien, X., Quellenstraße 90

Arbeitslose, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer!

Jeden Freitag um 7 Uhr findet im obigen Bundeslokal Diskussionsabend statt.

Gäste willkommen!

Gäste willkommen!

Das Proponentenkomitee

Genossen! Unterstützt die Sammlungen der Roten Hilfe, sie dienen den Julioffern!

Auskünfte und Zuschriften.

Täglich (ausgenommen Dienstag) in der Zeit von 7-10 Uhr abends werden in Fanowitsch Gasthaus, Wien, XVI., Koppstraße 47, (Telephon 30-6-58) Auskünfte erteilt. Zuschriften, die Partei betreffend, sind ebenfalls an die obige Adresse zu senden.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition). Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236. Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24. Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“, Wien, III., Custozagasse 8.

Sie organisierten die Banden der »Schwarzen Hundert«, die Jagt machten auf die unter den Arbeitern beliebtesten Genossen. Sie schonten damals weder Frauen noch Kinder. Ende November kam es in Tiflis zu blutigen Zusammenstößen, die von der Regierung organisiert waren, zwischen Armeniern und Tartaren. Die Regierung wollte den Vorwand haben, den Arbeitern die eben im Manifest verkündete Freiheit wieder zu entreißen, indem sie die Arbeitermasse provozierte, auf den Plan lockte und alles vernichtete, was aktiv und revolutionär in der Masse war. Zu diesem Zweck bewaffnete sie Tartaren und schickte sie zu Pogromen nach Tiflis. Sie mobilisierte außerdem alle Spitzel, Polizisten, allerhand lichtscheues Gesindel, Verbrecher, die sie zu diesem Zwecke aus dem Gefängnis entließ und hetzte sie gegen die Armenier. In Erwartung des bevorstehenden Kampfes bewaffneten sich auch die armenischen Arbeiter und es häuften sich die Zusammenstöße, ganze Viertel gingen in Flammen auf. In den Straßen lagen tote und verwundete Arbeiter. Zu gleicher Zeit fanden überall Riesenprotestversammlungen statt, in welchen die Arbeiter stürmisch die Einstellung des Gemetzels verlangten. Die in der Kaserne befindlichen Pioniersoldaten beschlossen, den bedröhten Armeniern zu Hilfe zu kommen, doch die Regierung beeilte sich, sie schleunigst zurückzuziehen. Der Polizeimeister von Tiflis forderte zur Einstellung des Blutvergießens auf und schlug zu diesem Zwecke den Arbeitern vor, sich bei ihm Waffen zu holen. Das war natürlich eine Falle. Er hoffte dadurch, den Kampf noch stärker zu entflammen. Gut bewaffnete Arbeitertrupps zogen, begleitet von Sanitärabteilungen mit weißen Fahnen und revolutionären Liedern den irreführenden Banden entgegen. Ich zog als Sanitärerin mit. Eine Woche lang dauerten die Kämpfe. Wir hatten Tote. Die Tartaren zogen ab, als sie unseren Widerstand sahen. Sie zerstreuten sich in alle Winde, zur großen Enttäuschung der Regierung, die sich von diesem Bundesgenossen viel versprochen hatte.

Nachdem alles beruhigt schien, verlangte die Polizei die Waffen zurück. Die Arbeiter dachten nicht daran, sie den »rechtmäßigen« Besitzer auszuliefern. Die Regierung drängte immer mehr auf die Herausgabe der Waffen. Sie drohte. Die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern und waren bereit ihre Waffen, ohne die ihnen jeder Kampf jetzt unmöglich schien, mit den Waffen zu verteidigen. Sie organisierten bewaffnete Patrouillen, die bei dem leisesten Anzeichen sich nähernder Polizisten die Arbeiter alarmieren mußten.

(Schluß folgt.)